

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckerei: Auer Tagblatt  
Verlag: Auer Tagblatt  
Vertrieb: Auer Tagblatt

Druckerei: Auer Tagblatt  
Verlag: Auer Tagblatt  
Vertrieb: Auer Tagblatt

Telegraphische Anzeiger: Auer Tagblatt  
Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.  
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 166

Freitag, den 19. Juli 1929

24. Jahrgang

### Friedensbeteuerungen Briands

aber er sagt nichts über die Währungsdecksung

In der französischen Kammer ergriff gestern auch der französische Außenminister Briand das Wort, er führte unter anderem aus:

Wir wollen Elemente des Friedens einsehen. Wenn wir das Rheinland sofort räumen, ist der Friede dann da? Nein. Werden wir die Konferenz dann zum Frieden geführt haben? Nein. Sie wäre vielmehr mit einem Fehler im Prinzip behaftet. Wenn ich als künftiger Unterhändler unvorsichtigerweise eine Erklärung abgebe, um die Opposition zu befriedigen, so wäre die Konferenz gleichfalls in ihrem Ursprung mit einem Fehler behaftet und in ihren Ergebnissen beschränkt. Es handelt sich um die Rheinlandräumung und den Young-Plan. Wenn eine Einigung über den Young-Plan besteht, der zum größten Teil von der Regierung in seinen wesentlichen Bestimmungen angenommen worden ist, wenn dieser Plan Wirklichkeit annimmt, wenn er lebendig wird, in diesem Augenblick wird zwischen Frankreich und Deutschland alles möglich.

Der Abgeordnete Blum hat vom Nationalismus gesprochen. Wir haben ihn alle mehr oder weniger in uns. Den Chauvinismus, der nicht gegen den Frieden sprechen will, der aber alle Gelegenheiten sucht, um ihn zu diskreditieren, dieser Chauvinismus ist das Schlimmste für die Völker. Er ist es, der sie in blutige Kriege verwickelt, noch ehe sie darüber nachgedacht haben. Wegen dieses Chauvinismus sind wir hier auf der Hut gewesen. Besteht er in Deutschland nicht? Sie haben ihn einbringen in die republikanische Verfassung erlebt. Es ist ein Gift, das soweit in den Organismus eingedrungen ist, daß es Verheerungen angerichtet hat, und so erkläre ich mir auch gewisse Worte meines Kollegen Dr. Straßmann, der bei den Parlamentsverhandlungen hitzige, leidenschaftliche Leute findet, die nicht auf den Bedenkengeboten verzichten haben. Wenn der (französische) Außenminister dies in einer systematisch pazifistischen Verbindung übersehen wollte, so wäre er nicht an seinem Platz. (Beifall.) Ist es ein Hindernis für den Frieden? Nein. Es ist ein Grund mehr, dem Frieden zuzustreben. Ich muß alles tun, um dahin zu gelangen. Aber er kann nur das Ergebnis des vereinigten guten Willens

Frankreichs und Deutschlands sein. (Beifalliger Beifall.) Briand sprach die Überzeugung aus, daß auch England von einer heißen Friedensliebe befeuert sei und daß der Regierungswechsel die Beziehungen Frankreichs und Englands nicht ändere. England werde für den Frieden arbeiten, indem es Frankreich und Deutschland die Vereinigung ihres guten Willens ermögliche. Briand fuhr fort: Nach der Konferenz werden wir noch Lösung der Probleme die Bemühtung haben, einen ersten in das Gebäude des Friedens einzufügen zu haben. Wenn man aus einer diplomatischen Herausforderung will, so muß man zulassen, daß die Männer, die die Nationen vertreten, zusammenkommen, ohne von vornherein durch feste Aufträge gebunden zu sein. Nach soviel Jahren des Krieges ist es Zeit, daß die Atmosphäre von allen Dünsten gereinigt wird, die sie noch vergiften. Man kann nicht leugnen, daß eine beträchtliche Annäherung zwischen den beiden Ländern eingetreten ist. Sowohl Locarno hat auch nicht alles gegeben, was die beiden Länder davon erwarteten. Aber das Wort allein ist eine mystische Kraft auf die Gemüter aus, die schon glückliche Wirkungen hervorgerufen hat. Als eines Tages der deutsche Botschafter zu mir sagte: Wie schade, daß man auf dem Wege von Locarno nicht schneller vorwärtsgegangen ist, habe ich ihm erwidert: Geben Sie acht, die Völker haben eine natürliche Tendenz, das nicht zu berücksichtigen, was erreicht worden ist, sondern nur das, was noch zu erlangen bleibt. Ein vollkommen haneler Vorfall hat es ermöglicht, den erzielten Fortschritt, die Stimmung der Bevölkerung in Frankreich und Deutschland, zu erkennen. Der Anfall des Juppelins war ein schlagender Beweis dafür, daß sich doch etwas gewandelt hat. (Beifalliger Beifall.) Briand schloß seine Rede mit der nochmaligen Betonung, daß die Klagerung auf der bevorstehenden Konferenz sich bemühen werde, die vollständige und endgültige Regelung der zwischen den beiden Ländern bestehenden Schwierigkeiten zu erlangen. Wir werden nicht verlangen, so erklärte er, daß alles sofort verwirklicht wird. Wir werden uns darauf beschränken, eine Weisung auf eine sichere Grundlage zu stellen. Wir wollen die Aufrechterhaltung des Friedens unter solchen Bedingungen, daß Frankreich weder der Betrogene noch das Opfer ist.

### 1500 Oesterreicher kommen zur Verfassungsfester nach Berlin

Zu der Bundesverfassungsfester des Reichsbanners am 10. und 11. August 1929 in Berlin liegen bisher nicht nur überaus starke Anmeldungen aus allen Teilen des Reiches vor, sondern auch aus Deutsch-Oesterreich werden viele Gäste erwartet. Es handelt sich um Abteilungen des Wiener Republikanischen Schutzbundes, die unter Führung von Nationalrat Dr. Deutsch in Stärke von 1500 Mann am Verfassungstage in Berlin aufmarschieren und mit den reichsdeutschen Kameraden des Reichsbanners für Demokratie und den Wunschluchgebanken demonstrieren wollen. Eine weitere starke Abteilung unter Führung des Vizebürgermeisters Bichler wird noch aus Wiener-Neustadt erwartet. Nationalrat Prof. Dr. Deutsch wird auch in der großen Verfassungsfester, die am 10. August in der Kroll-Oper stattfindet, die Gäste der Oesterreicher überbringen. Für die Oesterreicher, die am Vormittag des 10. August in Berlin eintreffen, wird ein besonderer Empfang vorbereitet.

Der Republikanische Schutzbund ist, allerdings mit weit geringeren Delegationen, bereits verschiedentlich bei Reichsbanner-Beranstaltungen und auch in Berlin vertreten gewesen und durch seine straffe Disziplin besonders gut vermerkt worden. Die starke Teilnahme von Deutsch-Oesterreichern an der zehnten Jahresfester der Weimarer Verfassung, in der auf Verlangen der Ältesten seinerzeit der Artikel über die Jugendbrigade der Deutsch-Oesterreicher zur deutschen Republik außer Kraft gesetzt werden mußte, ist außerordentlich zu begrüßen. Das gilt um so mehr, als in den Tagen der Verfassungsfester viele Tausende von Ausländern, die zur Internationalen Weltausstellung nach Berlin kommen, hier anwesend sein werden und sich mit eigenen Augen von dem Jugendbrigadengefühl der Deutsch-Oesterreicher zur deutschen Republik und dem ungeminderten Willen zum großen deutschen Volkstaat überzeugen können.

### Abkaffung des Sonntags in Rußland

Um dem ständigen Sinken der Produktionsleistung beim Uebergang zum Siebenstundentag zu begegnen, zu dem bis jetzt rund 16,5 Prozent der russischen Industriearbeiter übergegangen sind, während dieser Prozentzahl planmäßig bis zum Ende des laufenden Jahres 35 bis 40 Prozent betragen soll, hat die Staatsplankommission im Einvernehmen mit dem Rat der Volkskommissare die Vorbereitung von Maßnahmen zur Schaffung der sogenannten „ununterbrochenen Arbeitswoche“ angeordnet. Die industriellen Betriebe sollen danach ohne jegliche Unterbrechung 365 Tage im Jahre arbeiten, wobei statt der Sonntage den Arbeitern schichtweise Ruhetage gewährt werden. Man hofft, dadurch eine Produktionssteigerung von 8 bis 10 Prozent zu erreichen.

### Verhaftung eines Reichsdeutschen in Kaschau

Auf Verlangen der Gendarmereidirektion in Leitschen nahm die Polizei in Kaschau (Schlesien) am 15. d. M. den 1901 in Dresden geborenen Kaufmann Samtuchen, der reichsdeutscher Staatsbürger ist, wegen Betruges, Lebensmittelmisshandlung und Uebertretung des Republikanengesetzes in Haft. Kurz darauf wurde der Verhaftete der Staatsanwaltschaft eingeliefert. Das Auto, das Samtuchen auf seinen Reisen benutzte, wurde auf Verlangen der genannten Gendarmereidirektion beschlagnahmt. Der ohne Mittel dastehende Chauffeur wandte sich darauf an das reichsdeutsche Kaschauer Konsulat, das sich über die Verhaftung Samtuchens informierte.

### Der Gesandtschaft zum Ausbau der Angestelltenversicherung

Bei dem neuen Gesandtschaftsbesuch zum Ausbau der Angestelltenversicherung handelt es sich im Wesentlichen um zwei Dinge: einmal um den schon immer von den Angestellten gewünschten Ausbau der Selbstverwaltung und sodann um den Ausbau der Versicherungsleistungen. Zu dem ersten Punkt wird vorgeschlagen die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrats durch Arbeitgeber und Versicherte. Weiter sollen die höheren Beamten durch den Verwaltungsrat aufgestellt werden. Bezüglich des Ausbaus der Versicherungsleistungen soll ein rechtlicher Anspruch auf Versorgung der Eltern und Großeltern, soweit sie bedürftig sind und von den Versicherten unterhalten wurden, geschaffen werden, ferner ein Versorgungsrecht für die schuldlos geschiedene Ehefrau, die der Witwe gleichgestellt wird. Für die Steigerungsbeträge für die höheren Klassen sollen feste Sätze geschaffen werden an Stelle der bisherigen prozentualen Sätze. Die Angleichung an die Invalidenversicherung ist aus finanziellen Gründen noch nicht aussehlich.

### Rußland bricht die diplomatischen Beziehungen zu China ab

Die Antwort der Sowjet-Union auf die chinesische Note erklärt, die Sowjet-Regierung halte die Antwort der chinesischen Regierung ihrem Inhalt nach für unbefriedigend und ihrem Ton nach für heuchlerisch.

Die Sowjet-Regierung stellt fest, daß alle Mittel der von der chinesischen Behörde und durch die Note der chinesischen Regierung vom 17. Juli verschärfte Streitfrage in dem Konflikt wegen der Eisenbahn auf dem Wege der Verständigung erschöpft seien. Deshalb sehe sich die Sowjet-Regierung gezwungen, folgende Maßnahmen zu treffen, wobei sie die gesamte Verantwortung für die Folgen der chinesischen Regierung aufträgt:

1. sämtliche diplomatischen, konsularischen und Handelsvertreter der Sowjetunion in China abzuberufen;
2. sämtliche von der Sowjetregierung an der Ostasienbahn ernannten Personen abzuberufen;
3. jede Eisenbahnverbindung zwischen China und der Sowjetunion einzustellen;
4. die diplomatischen und konsularischen Vertreter Chinas aufzufordern, die Sowjetunion zu verlassen.

Gleichzeitig erklärt die Sowjetregierung, daß sie sich sämtliche aus dem Peking und Mukden Vertrag von 1924 hervorgegangenen Rechte vorbehält.

### Attentatsversuch auf den österreichischen Bundeskanzler

Als heute vormittag der Bundeskanzler im Auto seine Amtsräume am Ballhausplatz in Wien verließ, erhob ein Mann einen Revolver, aufstehend in der Absicht, auf den Bundeskanzler zu schießen. In seiner unmittelbaren Nähe stand ein Polizist, der ihm die Waffe noch rechtzeitig entreißen konnte und ihn festnahm.

Der Verhaftete behauptete zunächst, er habe lediglich beabsichtigt, in die Luft zu schießen, gab aber später zu, ein Attentat auf den Bundespräsidenten geplant zu haben.

### Unterseeboote sollen abgeschafft werden

Im englischen Unterhaus richtete Renworthy an den ersten Lord der Admiralität, Alexander, die Anfrage, wie es um den nunmehr auch von der amerikanischen Regierung vertretenen britischen Vorschlag stehe, die Unterseeboote durch ein gegenseitiges Abkommen abzuschaffen, und ob er diesen Vorschlag auf der nächsten Marineabrächtungskonferenz erneut vorzubringen beabsichtige.

Alexander erwiderte, daß eine diesbezügliche Erklärung von der britischen Delegation während der Washingtoner Konferenz abgegeben und seitdem als Ansicht der Regierung bestätigt und aufrecht erhalten worden sei. Es sei jedoch ein Abkommen erst möglich, wenn die Nationen sich zu dieser Ansicht bekehrt hätten. Zum zweiten Teil der Anfrage äußerte Alexander, daß die Möglichkeit, ein solches Abkommen zu schließen, dauernd von der Regierung erwogen werden, und daß eine erneute Bekanntgabe der Ansicht der Regierung bei der ersten geeigneten Gelegenheit erfolgen würde.

### Ein neues Republikanengesetz

In unterrichteten Kreisen wird die Meldung, daß im Reichsinnenministerium eine Reformvorbereitung des Republikanengesetzes zum wirksameren Schutz der Reichsfarben geplant sei, bestätigt. Es handelt sich aber noch nicht um einen festen Entwurf, sondern erst um Referentendiskussionen.

### Die Reichsminister auf Urlaub

Auch bei der Reichsregierung haben nunmehr die großen Ferien voll eingesetzt. Burscht befindet sich außer dem Reichswehrminister Groener, der erst im August auf Urlaub geht, sein Minister mehr in Berlin. Ein Teil von ihnen macht Dienstreisen, wie Dr. Birck und Seewitz, die beide gleich danach in Urlaub gehen.